

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Polen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
Gnesen bei Th. Spindler,
Grätz bei F. Strelitz,
Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Siettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Danck & Co.
Hasenstein & Vogler,
Rudolph Moes.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Arwaßdenda.“

Pozener Zeitung.

Nennundsechzigster Jahrgang.

Nr. 578.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Poznań 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 19. August

(Erscheint täglich drei Mal.)

Zuerate 20 Pf. die sechsgeschwante Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.
Berlin, 18. August. Der Appell.-Ger.-Rath Friedlaender in Siettin ist gestorben. Dem Kreisger.-Rath Kiesewalter in Bumslau und die Funktionen des Amts-Dirigenten bei dem dortigen Kreisgericht übertragen. Berichtet sind: der Kreisger.-Rath Beier in Namslau und das Kreisger. in Neisse, der Kreisrichter v. München in Swinek und das Kreisger. in Bromberg und der Kreisrichter Bieder-Hannan an das Kreisger. in Bumslau. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Belthum bei dem Kreisger. in Plesz, der Ger.-Professor Büller bei dem Kreisger. in Beuthen O. Schl., und der Ger.-Professor Bieschel bei dem Kreisger. in Naumburg a. S., mit der Funktion als Gerichtskommissar in Ebersberga. Der Ger.-Ass. Bießer zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Rotenburg a. F. ernannt. Dem Kreisrichter Alexander-Kas in Namslau ist beabs. Übertritts die landwirtschaftliche Verwaltung die nachgesuchte Dienststaf- führung erhebt. Der Kreisrichter v. Sychowksi in Margrabowia gestorben. Der Staatsanwalts-Gehilfe Chubul in Johannishburg in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Gnesen verlegt. Der Kreisrichter Halbe in Rosenberg-Westpr. ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Schneidemühl ernannt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin 18. August. Es wird vielfach berichtet, daß zwischen der hohen Pforte und dem Vatikan Unterhandlungen beabs. deren Annäherung gepflogen werden. Eine Allianz der beiden Mächte wäre an sich nichts Neues; nur fehlt jetzt das politische Fundament, insofern den beiden Faktoren die Machstellung verloren gegangen ist, welche ihnen früher zu Gebote stand. Jedenfalls haben die ultramontanen Organe, vermutlich doch in Folge der Annäherung zwischen Vatikan und Pforte, eine Schwung gegenüber der orientalischen Frage eintreten lassen. Der konfessionelle Gesichtspunkt, welcher bisher maßgebend war und die Wirren auf der Balkanhalbinsel nur als den Kampf des Kreuzes gegen den Halbmond erscheinen ließ, ist aufgegeben, so sehr, daß den europäischen Mächten sogar das Recht bestritten wird, zu Gunsten ihrer Glanzgenossen in einem fremden Lande zu intervenieren.

— Der „Kön. Btg.“ wird aus Rüffingen vom 17. August telegraphisch gemeldet: Die deutsche Kronprinzessin mit der Prinzessin Alice von Hessen und Gefolge sind soeben im strengsten Inognito zum Kurgebäude hier eingetroffen.

— Die Vorarbeiten für einen dem Reichstage in der nächsten Session in Verbindung mit dem Etat für 1877/78 vorliegenden, Gesetzentwurf wegen Übertragung der sämtlichen Stempelsteuern auf das Reich werden so eifrig gefördert, als es bei der umfassenden Aufgabe möglich ist. Selbstverständlich wird es kein Beweisen nicht dabei haben können, daß die Einnahmen aus den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Stempelsteuern der Reichskasse überwiesen werden, sondern es wird die Reform dieses Besteuerungsmodus nach allgemein gültigen Grundsätzen in Aussicht genommen. Hand in Hand mit der Erhöhung der namentlich in Preußen hohen Steuersätze für die Übertragung von unbeweglichem Eigentum wird nach Mittteilung der „Weser-Zeitung“ wieder einmal die Einführung einer Stempelsteuer von der Übertragung beweglicher Eigentums (Börsesteuer), in Aussicht genommen. Da in der Folge aller Arten von Stempelgebühren auf das Reich übersehen sollten, so wird sich auch die Notwendigkeit heraussstellen, daß in den altpreußischen Provinzen die Stempelsteuer von gerichtlichen Erkenntnissen nicht freiem, sondern in Verbindung mit den Gerichtskosten eingezogen werden, die bezüglichen Bestimmungen der Landesgesetzgebung in Wegfall zu bringen.

— Die Reichs-Gesetzgebung in Bezug auf die Lage der arbeitenden Klassen wird, wie der „Trib.“ mitgetheilt wird, jedenfalls im nächsten Jahre die längst geplante Erweiterung erfahren. Man hat die Überzeugung gewonnen, daß die bisherigen Versuche durch Einführung gewerblicher Schiedsgerichte und strafrechtliche Verfolgung des Kontrahenten nicht ausreichen, um wirklich vorhandene Uebestände zu beseitigen. Erhebungen, welche nach allen Richtungen hin inzwischen gemacht worden und um welche das preußische Handelsministerium besondere Verdienste hat, werden, so berichtet man, auch jetzt noch fortgesetzt und sollen, nachdem die gewonnenen Resultate, wie dies zum Theil bereits geschehen, veröffentlicht worden, als Unterlage für die Gesetzgebung benutzt werden.

— Mit Recht ist es bemerkt worden, daß die Wahlprogramme der Fraktionen der Rechten, also der deutsch-konservativen und der deutschen Reichs-Partei die Frage wegen Übertragung des gesamten Eisenbahnen auf das Reich unverhünt lassen. Diese Frage ist, wie man hier wissen will, bei der Partei-Agitation nicht unerörtert geblieben, jedenfalls hat man sich gebüttet, den Punkt in die Wahlbewegungen in Süddeutschland hineinzuziehen, in dessen Scheit auch das Gerücht den Verfassern der Programme nicht unbekannt geblieben zu sein, daß die Reichsregierung entschlossen ist, vorläufig diese Frage nicht auf die Tagesordnung der Parlamente zu legen. Man wird sich erinnern, daß Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt hat, man habe sich damit nicht zu beeilen und könne bis zur Realisierung des großen Projektes jahrelang warten. Vorläufig beschränkt sich, wie der „Nat. Btg.“ versichert wird, die ganze Thätigkeit in dieser Richtung auf Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen, und allem Anschein nach kommt die Reichsregierung damit keineswegs schnell vorwärts, obwohl der Widerspruch gerade da, wo er anfänglich sich am heftigsten zeigte, entschieden gemildert erscheint. Allem Anschein nach wird die Reichsregierung noch am ersten in Baiern ein Verständnis für ihre Absichten finden und am schwierigsten den sächsischen Partikularismus zu überwinden ver-

mögen. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß der Reichstag in seiner Herbstsitzung mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigt werden wird. Wie dieselbe Zeitung hört, ist es auch fraglich, ob der neue Reichstag in der Frühjahrssitzung damit zu thun haben wird, da man z. B. an der Abstift festhält, in dieser ersten Session hauptsächlich den neuen Etat für 1877/78 zu Stande zu bringen und sich nicht verhehlt, daß diese Arbeit aus mancherlei Gründen längere Zeit erfordern wird.

— Bei der Maschinen- und Steuermannschule zu Kiel ist eine Zahlmeister-Applikantenklasse eingerichtet worden. Bezuglich derselben hat der Chef der kaiserlichen Admiraltät die Bestimmung erlassen, daß die Zahlmeister-Applikanten, ehe sie zur Zahlmeisterprüfung zugelassen werden dürfen, den einmaligen Winterkursus der Zahlmeister-Applikantenklasse durchmachen müssen. Wegen Kommandirung der Zahlmeister-Applikanten der Nordsee-Station für die Dauer des Kursus nach Kiel haben die Stations-Kommandos das Erforderliche zu vereinbaren. Die Instruktion über Annahme, Ausbildung und Prüfung der Zahlmeister-Applikanten hat mehrfache Änderungen erfahren. Zahlmeister Aspiranten der Armee, welche das Zahlmeisterexamen bestanden haben und denen gute Zeugnisse zur Seite stehen, können probeweise in die Laufbahn der Marine-Zahlmeister überreten. Dieselben erhalten beim Übertritt die Kompetenzen der Unteroffiziere erster Klasse, werden dem Seebataillon attachirt und verrichten zunächst eine sechsmonatliche Probezeit bei der Intendantur in Kiel, während welcher sie die Zahlmeister-Applikantenklasse durchmachen, um sich dort das verlangte Zeugniß zu erwerben. Ihre Anzettentät zählt aber eventuell von dem Tage ihrer Aufnahme. Einem günstigen Ausfälle dieser Probezeit und nach der Erlangung des Bezeichnisses der Zahlmeister-Applikantenklasse folgt eine dreimonatliche Dienstleistung bei einer Matrosen- oder Werft-Division und eine drei- bis sechsmonatliche Dienstleistung an Bord.

— Das Abhängigkeitsverhältnis, in dem bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit der deutsche Schiffbau sich England gegenüber befand, ist, Dank der aufstrebenden Entwicklung, welche neuerdings die Hilfsmittel des vaterländischen Gewerbeslebens auf diesem Gebiete gefunden haben, gelöst worden. Weniger kann man dies von dem Artikel sagen, welcher die treibende Kraft im modernen Verkehrswesen repräsentiert, d. h. von den Steinkohlen, deren Beschaffung meist auf den englischen Markt angewiesen war. Mit Bezug hierauf schreibt die „R. A. S.“:

Die Verwicklungen im Orient und die Entsendung des Panzergeschwaders dorthin ist die Veranlassung geworden, den Anfang auch einer Emanzipation auf diesem Verbrauchsfelde zu machen, indem die Verwaltung der deutschen Kriegsmarine bestrebt gewesen ist, durch Ablösung entsprechender Quantitäten westfälischer Kohlen an das Geschwader praktischen Nutzen von den vergleichenden Versuchen zu ziehen, welche in sorgfältiger Weise bei der Werft in Wilhelmshaven zwischen englischen und westfälischen Kohlen in Bezug auf ihre Verdampfungskraft und die sonstigen für Kriegsfahrzeuge geforderten Eigenschaften angekreftet worden sind. Es wurde zu diesem Zweck ein Transport von etwa 3300 Tons a 1000 Kilo nach dem ägyptischen Meer dirigirt. Auf einer seitens der kaiserlichen Admiralität an den Besitzer der geprüften Zechen gerichtete Aufforderung, die Lieferung dieses Quantums direkt an das Geschwader zu übernehmen, bildete sich ein Konsortium aus den größeren Grubenbesitzern zur Ausführung der quellenlieferung, welche durch Bürgschaft der Berliner Handelsgesellschaft sich als kontraktfähig legitimirt.

Die zur Verschiffung gelangten Kohlen sind in verhältnismäßig kurzer Zeit befördert worden, und zwar in einer besonders befreiten Weise durch Gewinnung größerer Blöcke, um das bei der Verladung eintretende, den Wert der Kohle beeinträchtigende Zerbrechen zu vermeiden. Seitens des Konsortiums wurden obige Quantitäten über Antwerpen in zwei großen Dampfern verschifft und zum Theil in Saloniki, zum Theil in Syra abgeliefert. Die Preise erwiesen sich als mit den im Mittelmeer für englische Kohlen gezahlten Preisen durchaus konkurrenzfähig.

Der nationalökonomische Werth, welcher der getroffenen Aenderung beiwohnt, ist nicht zu verkennen. Es ist durch dieselbe der erste Schritt gehabt, ein wirtschaftliches Produkt, an welchem Deutschland in hohem Maße reich ist, auf den Weltmarkt einzuführen. Allerdings wird es, um Fortschritte auf dem Wege, welcher einem Zweige der deutschen Industrie von der Admiraltät gezeigt resp. eröffnet ist, zu machen, eines besonderen Verständnisses der Verhältnisse und eines besonderen Entgegenkommens der Interessen gegenüber den berechtigten Anforderungen der Marinebehörden bedürfen. Namentlich wird sich die Anlage von Kohledepots auf den betreffenden Stationen seitens der westfälischen Grubenbesitzer nicht vermeiden lassen, wenn dem beiderseitigen Interesse wirklich gedient werden soll. In diesem Punkte hat sich das Konsortium bisher noch ablehnend verhalten zu müssen geglaubt und ist von demselben den Bedürfnissen der Kriegsmarine nicht hinreichend entsprochen worden.

Ein Verlauf bestimmter Schiffsladungen zu einem festgesetzten Termin, wie es die Produzenten vorsagen, ist unanföhbar, weil es in Dienst befindlichen Kriegsschiffen schwer halten dürfte, Ort und Zeitbestimmungen der Lieferanten mit ihren militärischen Aufgaben und mit unerwartet eintretenden Verbäumen so in Einklang zu bringen, daß dadurch keine Störungen des Dienstes gegebenen. Um die Unabhängigkeit und Beweglichkeit der Schiffe nicht zu beeinträchtigen, werden dieselben immer auf Depots anzuweisen sein, aus welchen sie ihren jeweiligen Bedarf entnehmen, und wird es Sache des Konsortiums sein, durch Errichtung von Depots sich selbst zu dienen.

— Der Reichstagsabgeordnete Bamberger veröffentlicht durch die „Gegenwart“ in der Form eines Rundschreibens, welches der Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes an die deutschen Bahnenverwaltungen erlassen sollte, Bemerkungen und Wünsche in Betreff der auf den Stationen bestehenden Bewirthungsanstalten (Buffets, Restaurants oder wie sonst genannt).

„Es kann nicht bezweifelt werden,“ heißt es da, „daß die Ermahnung zur aufmerksamen Behandlung dieser Anstalten unter diejenigen Pflichten zu rechnen ist, welche die höchste Reichs-Aufsichtsbehörde gegenüber den einzelnen Eisenbahnen im Interesse der Gesamtheit wahrzunehmen berufen ist. Die Darreichung von Speise und Trank

während der Reise bildet, so gut wie die Beförderung der Reisenden, ein Monopol des Transport-Unternehmers, dem sich die Passagiere, namentlich bei größeren Fahrten, eben so bei starker Kälte oder Hitze, nur unvollkommen durch Mitsführen von Mundvorwahl entziehen können, ganz abgesehen davon, daß in diesem Falle das Auskramen und Verpeisen unsangreicher, oft übelriechender Speisen, das Haustiere mit Knödeln, Hülsen, Schalen und sonstigen Abfällen, beziehungsweise deren Befüllung, dem mitreisenden Wagengenossen oft mit Recht Anstoß und Widerwärtigkeit bereitet. Es ist die Aufgabe einer guten Verwaltung, dafür zu sorgen, daß das Mitschleppen solcher Verzehrartikel dem Publikum erspart werden kann. Die regelmäßigen Aufenthalte, welche für alle, selbst die schnellsten Züge fabrikmäßig zu bestimmten Bahnen vorgesehen sind, enthalten bereits das Anerkenntnis, daß die Stillung von Hunger und Durst von Amts wegen möglichste Berücksichtigung zu finden hat. Sind doch in dieser Beziehung die Gesichtspunkte der Annehmlichkeit nicht nur, sondern die höheren der Gefundheitspflege mit in Betracht zu nehmen!“

Den einzelnen Beschwerden und Wünschen stellt der singierte „Präsident des Reichs-Eisenbahnamts“ sodann folgende — gewiß beachtenswerthe — allgemeine Normal-Bedingungen voran:

Bevor der Unterzeichnete dazu übergeht, Ew. Hochwohlgeborene die Ergebnisse fortgesetzter Beobachtungen zu unterbreiten, beziehungsweise Abstellung einzelner Missbräuche zu beantragen, hält er es für angezeigt, einen allgemeinen Grundzusammenhang hervorzuheben, mit dem Gutes und Übles auf diesem Gebiete zunächst innig verwachsen ist. Es muß nämlich ein ganz falscher Grundzusammenhang darin erkannt werden, daß der Eisenbahnbetrieb aus der Einrichtung der Speiselokale in den Stationen eine Quelle von Einnahmen macht. Was würde man sagen, wenn die Bahnenverwaltungen von den Fabrikanten, welche die Polsterwaren oder Fensterscheiben zu den Waggons liefern, eine besondere Abgabe erheben, wogegen sie gestatten würden, schlechtere Sitz oder trübles Glas anzubringen? Und doch bildet jene missbräuchliche Verpackung der Bahnrestauraturen eine beinahe ausnahmslose Regel. Es springt in die Augen, daß sie bei besserer Bedienung des Publikums eine solche Abgabe nicht erschwingen können.“

— Ein kleiner kommunaler Zwist, der als schädliches Material für die Beratung der neuen Städteordnung reservirt werden mag, beschäftigte jüngsthin die potzdamer Stadtverordneten-Versammlung. In dem Umstande, daß letztere seinerzeit in Betreff der Städteordnung eine Petition direkt an das Abgeordnetenhaus sandte, sah der Magistrat auf Grund des § 36 der Städteordnung eine Überreichtung der Rechte der Stadtverordneten-Versammlung. Da diese die darauf bezüglichen Schreiben des Magistrats einfach ad acta legte, so führte letzterer Beschwerde bei der l. Regierung, und diese hat die Ansicht des Magistrats als die richtige anerkannt. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun — obwohl an der Ansicht festhaltend, daß das durch die Verfassung verbürgte Petitionsrecht auch ihr zusteht — doch beschlossen, von ferneren Schritten Abstand zu nehmen, nachdem der Vorsteher die Erklärung abgegeben hatte, daß er, selbst auf die Gefahr hin, in Strafe genommen zu werden, in einem ähnlichen Falle wieder ebenso handeln würde.

— Vor Kurzem wurde in Müßbach in der Pfalz der Verbandsstag der pfälzischen Kämpfergesellschaft abgehalten. Aus dem Bericht des Vorsitzenden kann man die Gründe erkennen, aus welchen die Verschmelzung des „Deutschen Kriegerbundes“ (Vorstandssitz in Berlin) mit der „Allgemeinen deutschen Kriegerkameradschaft“ (Vorstandssitz in München) misslang. Der Vorsitzende hob hervor, daß die gewünschte Einigung deshalb noch nicht erreicht werden konnte, weil die einen strammé Zentralisation, die anderen einen losen, den einzelnen Gliedern freien Spielraum gewährenden Verband wollten, und gerade die größeren deutschen Krieger-Vereine, wie auch viele einzelne Vereine, sich in ihrem Innern noch nicht stark genug fühlen, um ohne Gefahr für ihre Selbstständigkeit sich einem größeren Ganzen anzuschließen. Das Prinzip aber, bemerkte er weiter, durch welches die Einigung zu erzielen sei, liege jetzt klar vor Allen Augen: es sei das Föderalismus, welches die „Allgemeine deutsche Kriegerkameradschaft“ aufgestellt hat, und nicht das des starren, unbeweglichen Zentralismus, an welchem der „Deutsche Krieger-Bund“ festhält. Sei schon in der politischen Gestaltung der Zentralismus in Deutschland unmöglich, so wirke er im Vereinsleben geradezu vergiftend und tödend. Die Zahl der Krieger, welche den Provinzial- und Landesverbänden der Kriegerkameradschaft angehören, sei bereits fünfmal größer, als die des „Deutschen Krieger-Bundes“, und damit habe das Prinzip des Föderalismus in der Praxis schon das Übergewicht errungen.

— Der erste Unglücksfall auf der Militärbahn, welche bekanntlich von hier nach dem Artillerieschießplatz bei Cumiendorf führt, ereignete sich, wie damals berichtet wurde, kurze Zeit nach Eröffnung der Bahn am 2. Dezbr. v. J. Ein Pionier des Eisenbahn-Bataillons fiel beim Rangieren eines Zuges so ungünstig, daß er überfahren und ihm das rechte Bein unterhalb des Kniegelenks vollständig abgeschnitten wurde. Nach dreiwöchiger Krankenlager ist der Mann im hiesigen Garnisonslazarett endlich soweit hergestellt worden, daß ihm ein künstliches Bein, mit dessen Anfertigung einer unserer tüchtigsten Bandagisten beauftragt gewesen ist, verabreicht werden konnte und wird demnächst seine Entlassung als Invaliden nach der Heimatstatfinden. Auf der erwähnten Bahn sind übrigens seitdem keine Unglücksfälle mehr vorgekommen.

— Der erste Unglücksfall auf der Militärbahn, welche bekanntlich von hier nach dem Artillerieschießplatz bei Cumiendorf führt, ereignete sich, wie damals berichtet wurde, kurze Zeit nach Eröffnung der Bahn am 2. Dezbr. v. J. Ein Pionier des Eisenbahn-Bataillons fiel beim Rangieren eines Zuges so ungünstig, daß er überfahren und ihm das rechte Bein unterhalb des Kniegelenks vollständig abgeschnitten wurde. Nach dreiwöchiger Krankenlager ist der Mann im hiesigen Garnisonslazarett endlich soweit hergestellt worden, daß ihm ein künstliches Bein, mit dessen Anfertigung einer unserer tüchtigsten Bandagisten beauftragt gewesen ist, verabreicht werden konnte und wird demnächst seine Entlassung als Invaliden nach der Heimatstatfinden. Auf der erwähnten Bahn sind übrigens seitdem keine Unglücksfälle mehr vorgekommen.

— Bartenstein (Prov. Preußen), 14. August. Von 84 Einwohnern der Stadt ist unlängst eine Petition um baldige Versetzung des Militärs von hier aus an das General-Kommando des 1. Armee-Corps gesandt worden, in der es heißt: „Bon dem hiesigen Magistrat sind wir unter Androhung von Exekutivmaßregeln aufgefordert worden, für das noch in Bürgerquartieren liegende Militär größere Räumlichkeiten sofort zu beschaffen. Wir werden durch diese Festsetzung in eine peinliche Lage versetzt. Einmal stehen uns größere Räumlichkeiten augenblicklich nicht zu Gebote, da wir über dieselben bereits verfügt und sie mithin nicht disponibel haben, so daß wir währlich nicht den geringsten Ausweg wissen, die verlangten Räumlichkeiten zu beschaffen; andererseits ist es

zur Erfüllung unserer Verbindlichkeiten durch die Abgaben und Lasten, welche auf den Grundstücken haften, unabsehbare Notwendigkeit, durch die Benutzung dieser Grundstücke den größtmöglichen Vortheil zu ziehen, da der gewährte Service mit den uns auferlegten Verbindlichkeiten in keinem Verhältnis steht. Wir müssen daher den einzigen Ausweg wählen und den Antrag von gänzlicher Befreiung der Quartierlasten gestern machen. Demzufolge erlauben wir uns, das hohe königliche General-Kommando so dringend wie ehrerbietig zu bitten, hochdasselbe wolle hochgeneigt bis auf Weiteres die von uns bisher und zwar seit 15 Jahren gewohnten Quartiere, unter Vorbehalt einer anständigen Einrichtung, in der bisherigen Größe und Verhältnissen gelten lassen, vor allem aber höchstgütig Bedacht nehmen, uns von dieser Quartierlast durch recht baldige Befreiung der Garison gänzlich zu befreien, da diese für uns zu drückend ist.

Das General-Kommando antwortete unter dem 4. August wie folgt:

"Auf Ihre gemeinschaftliche Eingabe vom 28. d. M. wird Ihnen hiermit eröffnet, daß die dortige Garison so lange in Bartenstein verbleiben wird, als dies die militärischen Verhältnisse erfordern. Von einer Verlegung derselben auf Ihren Antrag hin, kann daher nicht weiter die Rede sein, und wird von Ihnen nur verlangt werden, Ihnen gesetzliche Verpflichtungen pflichtschuldig nachzukommen. Im Übrigen bemerkt ich, daß wegen der dortigen Quartierverhältnisse mit Ihnen zu korrespondiren gar keine Veranlassung vorliegt, vielmehr kann ich Sie nur auf den allein richtigen Weg anweisen, Sich mit Ihnen diesfälligen Reklamationen an Ihre vorgesetzte Behörde zu wenden. Die übrigen Unterzeichner der vorwähnten Eingabe wollen Sie hierzu in Kenntnis setzen. Der kommandirende General von Barnekow. An den Befehlsteher Pfleg in Bartenstein.

Der Herr General v. Barnekow, bemerkte die "Bess. Blg.", hat den bürgerlichen Petenten damit eine stramme und resolute Antwort ertheilt. Ob ihnen beim Lesen derselben nicht vielleicht längst vergessene Reminiscenzen an ihre Rekrutenzzeit wieder erwachsen sollten?

Schleswig-Holstein. Die Delegirten-Versammlung in Lübeck der liberalen Partei in Schleswig-Holstein, welche am 13. August in Neumünster stattfand, war zahlreich besucht, es mögen gegen 120 Delegirte zugegen gewesen sein. Die Delegirten-Versammlung wurde geleitet von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Professor Dr. Haniel, der in einem einleitenden Vortrag die Geschichte und die Stellung der liberalen Partei erörterte und die übrigen politischen Parteien charakterisierte. Die Versammlung ging alsdann zur Beratung der Reichstagswahlen über. Professor Haniel erstattete das Referat und die Versammlung fasste folgende Beschlüsse:

"Die Delegirten-Versammlung beschließt auf das dringende Ersuchen aus verschiedenen Kreisen hinsichtlich der Reichstagswahlen:

1) Die liberale Partei empfiehlt und beziehtlich unterstützt als Kandidaten im 2. Kreise den Herrn Prof. Dr. Hirschius, Berlin, im 3. Dr. H. A. Meyer, Kiel, im 5. A. G. R. Hall, Kiel, im 7. Prof. Dr. Haniel, Kiel, im 8. Dr. Lutteroth, Hannover, im 9. Prof. Dr. Seelig, Kiel.

2) In dem ersten (nördlichsten) Kreise wird die liberale Partei jeden deutsgesinnten Kandidaten unterstützen, der am meisten geeignet erscheint, die größte Zahl der deutschen Stimmen auf sich zu vereinen.

3) Den Gesinnungsgruppen im vierten Kreise empfiehlt die Delegirten-Versammlung in Erwägung, daß in dem westschleswigschen Kreise jede Zerplatzung der liberalen Wähler mit Rücksicht auf die dänische und konervative Agitation vermieden werden muß, die Kandidatur des Herrn Dr. Wachs in Hanerau zu unterstützen.

4) Die liberale Partei behält sich für den Fall, daß sie es mit Aussicht auf Erfolg thun kann, die Aufführung einer Kandidatur im 6. Kreise vor. Sie muß aber von vornherein jede Verantwortung für einen Misserfolg der Kandidatur Befehler ablehnen."

Bei der Beratung über diese Resolutionen brachte Redakteur Brie das Verhältniß zur national-liberalen Partei zur Sprache. Der Vorsitzende Dr. Haniel erklärte, der geschäftsführende Ausschuß werde sich für verpflichtet erachten, mit den Führern der national-liberalen Partei in Schleswig-Holstein in Verbindung zu treten, sobald die Aufnahme der beschlossenen Kandidatenliste bei den National-liberalen die Möglichkeit einer Verständigung in Aussicht stelle.

Die Versammlung ging alsdann zur Beratung der Landtagswahlen über. Der Schriftführer des Ausschusses, Redakteur Kiepa, referierte aus den zahlreichen eingelaufenen Schriftstücken über die Sachlage in den einzelnen Kreisen und motivierte die vom Ausschuß vorgelegte Resolution, welche einmütig angenommen wurde. Dieselbe lautet:

"Die Delegirtenversammlung sieht davon ab, schon jetzt die vollständige Kandidatenliste für die Landtagswahlen festzustellen. Sie überläßt die Vorbereitung der Kandidatenfrage den Kreis-Delegirten-Versammlungen und dem Zentral-Wahlkomitee der liberalen Partei in Schleswig-Holstein, die Entscheidung naturgemäß allein den Wahlmännern. Die Delegirtenversammlung richtet demnach die dringende Aufrufung an die Parteigenossen in allen Gemeinden liberale, zuverlässige und urtheilsfähige Männer sorgsam zu ermitteln und als Wahlmänner zu designieren. Abgesehen von den Kreisen, welche durch Abgeordnete unserer Partei vertreten werden und in denen diese bisherigen Vertreter wieder aufgestellt und von der Delegirtenversammlung hiermit empfohlen werden, wird sich vielfach erst nach dem Ausfall der Wahlmännerwahlen übersehen lassen, ob ein Kandidat der liberalen Partei durchzubringen oder ob die Vereinbarung eines Kompromisses zweckmäßig ist. Die Delegirtenversammlung kann daher den Parteigenossen nur auf das Dringendste empfehlen, sich jedenfalls vor den Wahlmännerwahlen für keinen Kandidaten definitiv bindend zu entscheiden, der nicht der liberalen Partei angehört."

Als dann wurde eine später zu veröffentlichte Anfrage an die Urmüller einstimmig beschlossen. Der vierte Punkt der Tagesordnung betraf die Organisation der liberalen Partei. Professor Dr. Hensen erstattete das Referat. Die Versammlung nahm einstimmig den von ihm motivierten Ausschlußantrag an:

Die Delegirtenversammlung beschließt die Bildung eines Zentral-Wahlkörpers der liberalen Partei in Schleswig-Holstein. Dasselbe besteht: 1) Aus 25 von der Delegirtenversammlung erwählten Mitgliedern, 2) aus den Vorsitzenden des Kreis-Wahlkomites, 3) aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses, der in Kiel seinen Sitz hat. Das Zentral-Komitee kann durch Kooperation die Zahl der in die Delegirtenversammlung gewählten Mitglieder auf 36 erhöhen.

Kassel. 16. August. Wie bekannt, hat einer der hessischen Agieraten gegen den abschlägigen Beschuß des hiesigen Kreisgerichts über die seitens der Hessen-Philippsthaler Linie geforderte Sistirung des Abbruchs von zum Fürstentum der kurfürstlich hessischen Familie gehörigen Gebäuden bei diesem Gerichte Beschwerde erhoben und mit Erinnerung dieser Forderung sein Recht hierzu ausführlich zu begründen gesucht, wobei er zu dem Schlußresultate gelangt, daß dieses Familienfürstentum geschichtlich unantastbares Privateigentum der kurfürstlich hessischen Familie sei. Daraus wird sodann weiter gefolgt, daß es eine totale rechtliche Unmöglichkeit sei, aus dem nicht zu befreitenden früheren staatsrechtlichen Charakter des Fürstentumsvermögens, welches im Jahre 1831 ein für alle Mal durch Staatsakt an die kurfürstlich hessische Familie als Privateigentum abgetreten worden sei, erneute Ansprüche des Staates herleiten zu wollen. Selbst der Vertrag Breukens mit dem Landgrafen Friedrich hätte dem ersten keinerlei Recht auf das zu. Vermögen erwerben können, da der Landgraf zwar Primogenitus sei, aber ohne den hessischen Thron bestiegen zu haben, keinerlei Vorzugsrechte auf den gemeinschaftlichen Familienzweig genießen. — Jämmerlich darf man nach den jüngst von den Aquaten gethanen Schritten begierig auf den Ausgang dieses unerhörlichen Prozesses sein. Einstweilen wird von der Partei der Aquaten, wie man der "Bess. Blg." schreibt, sogar auf deren Veranlassung, eine wahrheitsgetreue vollständige Geschichte des kurfürstlich hessischen Familienfürstentümms seit dem Jahre 1866 bis auf die Neuzeit mit allen Nachweisen, Belegen, Erfahrungswissen und Rechtsverhältnissen vorbereitet, um demnächst als interessantes Werk im Buchhandel zu erscheinen.

Leipzig. 16. August. Rath und Stadtverordnete widmen dem am 14. d. verschiedenen Bürgermeister Dr. Koch folgenden Nachruf:

Nach schweren Leiden entstieß gestern Abend Herr Bürgermeister Dr. Karl Wilhelm Otto Koch, Comthur x. Auf das Schmerzlichste betroffen, bringen wir diesen unerwarteten Trauerfall zur Kenntnis unserer Mitbürger. In dem Dahingeschiedenen haben wir alle einen Mann verloren, der, getragen von edler Humanität, mit klarem Blick und reinem Herzen sein Leben in unveränderbarer Treue und Hingabe dem Vaterlande und seiner Vaterstadt bis zum letzten Atemzuge geweiht hat. Was er insbesondere in langem, segensreichen Wirken an der Spitze der Verwaltung unserer Stadtgemeinde für deren Förderung und Entwicklung in die erwidenden Sorge geschafft und gethan, das wird ihm in den Annalen Leipzigs eine hervorragende Stätte, in den Herzen seiner Mitbürger ein dankbares und liebvolles Andenken sichern. Möge ihm die Erde leicht sein! Leipzig, 15. Aug. 1876. Der Rath. Dr. Georgi. Die Stadtverordneten. Götz, Bize-

vorsteher.

Das "Tagblatt" nennt den Verlust einen fast unersetzlichen. "Der Berewigte hat in einem Zeitraume von beinahe drei Jahrzehnten an der Spitze unseres Gemeinwesens eine Wirksamkeit entfaltet so befriedigend und belebend, so vielfach neu- und umgestaltend in allen Zweigen des städtischen Lebens und Strebens, wie keinem seiner vielen Vorgänger nachgerühmt werden kann. Die herrlichste Anerkennung aller dieser Tugenden und Verdienste kam vor drei Jahren zum öffentlichen Ausdruck, als der Berewigte (am 13. Mai 1873) sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum feierte und von allen Seiten die schmeichelhaftesten Ovationen entgegenzunehmen hatte."

München. 12. August. Landeszeitung aus den althairischen Gebieten, welche die Kunst- und Kunstmuseum-Ausstellung dorthier besuchen, klagen übereinstimmend darüber, daß es ihnen schwer genug werde, auch nur auf kurze Zeit abzukommen, die ein großer Magazin an Althair ist. Und diese Klage erweist sich allerdings als eine begründete, wie denn in Althair bereits eine Anzahl aus Preußen berufenen jungen Hülfsgesellischen in Funktion steht, wodurch übrigens das Bedürfnis noch keineswegs gedeckt ist. In verschiedenen Blättern heißt es vielmehr, es würden noch mehrere preußische Hülfsgesellische verschrieben. Das wäre aber gewiß nicht notwendig, wenn jene jungen Geistlichen, welche in München und anderen Städten sitzen, ohne ihrem Standesberufe nachzugehen, sich dazu bequemten, ihre Thätigkeit für die Presse mit jener für die Seelsorge zu vertauschen. Uebrigens hat die Sache auch ihre humoristische Seite: Während man in ultramontanen Kreisen oft genug von den "gottverfluchten Preußen" hört, beruft man ihre Brüder zur Seelsorge nach Bayern! Jedenfalls gewinnt einem solchen Verfahren gegenüber der von den Ultramontanen mit einem so großen Aufwande an stiftlicher Entrüstung zurückgewiese Befürwurf, ihr Vaterland sei Rom, einigermaßen an Gewicht. Bei dieser Gelegenheit mag auch bemerkt werden, daß am 7. d. M. in Dillingen wieder mehrere Theologen aus Norddeutschland die Priesterweihe erhielten.

Belgrad. Neben die Vorgänge, die zu dem festen Entschluß, den Krieg bis auf's Äußerste fortzuführen, geführt haben, dringt nur wenig an die Öffentlichkeit. Wie verworren die Verhältnisse in Serbien zur Zeit sein müssen, zeigt u. a. nachstehendes Schreiben der "Polit. Korr." aus Belgrad vom 15. d.:

Die bedauernswerteste Persönlichkeit im ganzen Lande ist in diesem Augenblick Fürst Milan. Seine sicherlich allein richtige Überzeugung, daß es hoch an der Zeit sei, an Friedensverhandlungen zu denken, wird durch ein ungünstiges Zusammentreffen von ebenso leidigen Verhältnissen ad absurdum geführt. Ramentlich sind es zwei Momente, welche den friedlichen Intentionen des Fürsten sich hindernd in den Weg stellen: der Allianzvertrag mit Montenegro und die ungünstlichen Bruderverhältnisse in Serbien. Die bisherigen Erfolge der montenegrinischen Waffen scheinen den Fürsten Nikolaus für eine Beendigung des Krieges wenig geneigt zu machen. Andererseits aber bestimmt der serbisch-montenegrinische Allianzvertrag, daß ein einheitlicher Friede abgeschlossen werden darf. Was die serbischen Partei-Verhältnisse anbelangt, so terrorisiert das Kabinett Stojanović den Fürsten und das Land im Sinne der Fortsetzung des Krieges, während die Konservativen, welche dem Kriege lange opponiert haben, sich für die Beendigung derselben nicht entschieden wollen. Der Grund, warum Fürst und die ihm so eng liegenden omländischen Parteigenossen sich kampfhaft an die Idee der Fortsetzung des Krieges anflammen, liegt klar in Tage. In ihren Augen ist die militärische Situation keineswegs so kompromittiert, und auf Grundlage dieser Überzeugung wollen sie weder selbst Frieden schließen, noch zurücktreten, weil beides einer gänzlichen und unwiderstehlichen Vernichtung ihrer Zukunft gleichkäme. Es ist daher keine Übertreibung, wenn die Einflüsse dieser am Norden befindlichen Partei mit Beziehung auf Fürst und Land als terroristische gekennzeichnet werden. Verhindern sie doch, daß der Fürst auf offiziellen Wege das Ansuchen an eine oder mehrere Großmächte wegen Mediation zu stellen in der Lage ist. Ohne ein solches offizielles Ansuchen jedoch fühlt sich keiner der Großmächte berufen und kompetent, der Friedensvermittlung sich anzunehmen. So stehen die Dinge in politischer Beziehung. — Zur Geburt des Prinzen Thronfolgers haben fast alle großen Höfe dem Fürsten ihre Gratulationen zukommen lassen. Kaiser Alexander hat die erbetene Pathenstelle angenommen und wird sich bei der Taufe durch einen Generaladjutanten (man glaubt Graf Sumarokoff) vertreten lassen.

Neben die militärische Situation schreibt man denselben Blatt an denselben Tage aus der serbischen Hauptstadt:

Nach allen hier eingingen Nachrichten dürfte es auf der Strecke zwischen Banja und Alexina zu einem größeren Kampfe kommen. Tschernajeff hat seine Armeen mit 140 Geschützen zwischen Topla, Deligrad und Paratschin konzentriert. Die gemäßige türkische Kriegsführung ließ den Serben Zeit, zwischen den Defileen auf der Straße von Krajatz-Banja nicht weniger als fünf Punkte stark zu befestigen. Ahmed Cjub Pascha vermag ohne große Opfer nicht, nach Banja-Alexina vorzudringen. Andererseits hat Osman Pascha den günstigen Moment verpaßt, Lešjan zu verfolgen und den Weg nach Paratschin zu forcieren. Letzterer Ort ist jetzt durch Lešjan vollständig gesiegt und dadurch auch Tschernajeff vor einem Umgehungsversuch in Rücken geschlagen. Es ist aller Grund zur Annahme vorhanden, daß bei Topla bereits seit zwei Tagen gekämpft wird und Cjub Pascha die größten Anstrengungen macht, diese Defileen zu forcieren. Sollten Tschernajeff und Lešjan auch diesmal unglücklich sein, so wollen sie trotzdem nochmals bei Zvijezda Stand halten. Biewohl die Regierung über das Corps des Alimpits an der Drina keine Bulletins veröffentlicht, so ist es doch unweifelhaft, daß Alimpits geschlagen und nach Serbien zurückgedrängt worden ist. Alimpits dürfte sein Hauptquartier nach Lešjan verlegen. Möglicherweise wird er durch Oberst Becker im Kommando ersezt werden. Ueber Oberst Despotovics, welcher den Infanteristen in Bosnien 2500 Militär-Soldaten mit einer Batterie zuführte, laufen hier günstige Nachrichten ein. Er rückt in der Richtung gegen Serajevo vor, muß aber, wenn er die Hauptstadt Bosniens in seine Gewalt bekommen will, früher an die Einnahme von Banjaluka und Travnik denken. Letzterer Ort ist eine Festung, wenngleich seit Jahren in einem sehr vernachlässigten Zustand. Eine Aufforderung des Despotovics an die bosnischen Katholiken, gegen den gemeinsamen Feind gemeinschaftliche Sache zu machen, hat bis jetzt geringe Erfolge gehabt.

Ueber den Stand der Dinge in der Herzegowina und Montenegro geht der "Polit. Korr." nachstehende Mitteilung zu:

Das Schreiben, welches Fürst Nikolaus an Moustar Pascha wegen Beerdigung der Gefallenen richtete, lautet wie folgt:

Excellenz!

Biewohl der größte Theil der am 28. Juli Gefallenen begraben wurde, blieben doch viele Leichen auf dem Schlachtfeld bei Bilec unberichtet. In der Überzeugung, daß Ihr Excellenz der Pflicht, die Sie Ihrer Armee gegenüber haben, entsprechen wollen, beeile ich mich mit Ihnen in dieser Angelegenheit ein Ueberkommen zu treffen und alle nötigen Einzelheiten festzustellen. Welt Bedauern theile ich Ihnen mit, daß unter den Toten Einer aufgefunden wurde, in dem unsere Gefangenen den General Selim Pascha erkannten. Ich ließ ihm ein feierliches Leichenbegängnis, wie es seinem Range entspricht, bereiten. Bei dieser Gelegenheit theile ich Ihnen die erfreuliche Nachricht mit, daß der Brigadier Osman Pascha in dem Momenten gefangen genommen wurde, in welchem er vergebens die flüchtigen Soldaten zum Stillstehen zu bringen suchte; der Pascha ist gesund und nach Gettine eskortiert worden.

Fürst Nikolaus.

Der montenegrinische Generalstabschef begleitete dieses Schreiben mit folgenden Zeilen:

An den Herrn Kommandirenden General in Bilec.

Ich habe die Ehre, hierbei den Brief Sr. Durchlaucht des Fürsten an den General en chel Moustar Pascha zu überliefern. Sollte der selbe abwesend sein, wollen Sie selbst die Sache in die Hand nehmen. Der Brigadegeneral Osman Pascha, der auf ehrenvolle Weise in Gefangenenschaft geriet, läßt Sie durch mich bitten, ihm die Effekten nach Grahow zu senden. Falls Sie auf den gemachten Vorschlag eingehen, werde ich einen Delegirten zur Feststellung aller Details senden.

Bosnien Stanis Radonits.

Der Parlamentär, welcher diese Briefe trug, wurde von den Türken mit Schüssen empfangen und mußte er sich eiligst unverrichteter Dinge zurückziehen.

Was den Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz in der Herzegowina betrifft, so steht Moustar Pascha noch immer in Trebinje. Er ist noch immer nicht im Stande, sich nach der Niederlage von Bilec zu sammeln und wird wahrscheinlich Trebinje nicht vor dem Eintreffen neuer Truppen verlassen. Wohl verlaufen hier, daß ein solcher Sultans für Moustar aus bereits im Anzug sei. Mit Ausnahme der befestigten Punkte, in welche sich die Reiterei der türkischen Heeresmacht zurückgezogen haben, ist die ganze Herzegowina von den Türken gesäubert. Ebenso wie Moustar Pascha sich nicht aus Trebinje herauswagt, rütteln sich auch die kleinen Bevölkerungen in den festen Plätzen nicht von der Stelle. Dies ist der alleinige Grund, aus welchem seit der Schlacht bei Bilec keine weiteren Kämpfe stattgefunden haben. Fürst Nikolaus lagert mit seinem Corps in Lipnik bei Gacko, wo er eine zentrale Position einnimmt, von welcher aus er jede Bewegung der türkischen Truppen zu beobachten und derselben entgegenzutreten vermag.

Dem "N. W. T." sind folgende Privatdepechen zugegangen, welche das mehrfach erwähnte Regimenten bei Cacci und Podgoriza als sehr bedeutend hinstellen:

Danilovgrad. 16. August. Unter dem Oberbefehl des neuen Kommandanten Mahmud Pascha rückten in mehreren Kolonnen 20.000 Rijams und Bajadibozas am 14. d. M. von Podgoriza gegen Medun vor. Die Montenegriner und Kucci, 5000 Mann stark, tratentheilweise einen Scheinzug an, griffen jedoch Mittags von allen Seiten die Türken mit dem Handschuh an. Im Handgemenge jagten die Montenegriner und Kucci die Türken von Medun 3 Stunden Weges bis Dinozi. Jedes montenegrinische Bataillon meiste über 1000, das Martinicer Bataillon allein über 2000 Türken niederrückten. Allein eroberte 6 Bataillone Einzelne Montenegriner 17 Türken. Die Zahl der auf dem Schlachtfeld gebliebenen Türkenwaffen, Munition und des Kriegsmaterials ist unabsehbar. Das Sammeln dauert fort. Die Türken, welche diesmal keine Kanonen im Gefecht genommen hatten, wurden nur durch die Geschütze von Podgoriza und die Aufmarschbäume vor gänzlicher Vernichtung gerettet. Die Türken haben mindestens 10.000 Tote und Verwundete, die Montenegriner und Kucci 400 Tote und Verwundete. Diese Schlacht war die blutigste aller bisherigen bei Podgoriza.

Gettine. 16. August. Fürst Nikolaus hat sein Hauptquartier auf dem Gackov vor Aufschlagsen, um von diesem Zentralpunkt aus alle etwaigen Verstärkungen, die zu Moustar Pascha stoßen könnten, zurückzuweisen. Die Türken halten sich jetzt in allen befestigten Orten der Herzegowina in der Defensive. Das flache Land ist von den ottomanischen Truppen gänzlich aufgegeben worden.

Nach demselben Blatt sollte Fürst Milan am 18. wieder in sein Hauptquartier nach Ciprija abreisen.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 19. August.

Nachdem wir unseren Lesern durch die in dem gestrigen Abendblatt veröffentlichten Privatdepechen von dem Verlauf der Festlichkeiten und militärischen Ereignissen bei Bomst bereits eingehendste Mitteilung gemacht, ging uns Nachts gegen 11 Uhr von unserem Berichterstatter noch nachstehendes Telegramm zu, welches in unserer Früh-Zeitung nicht mehr Aufnahme finden konnte:

Heinersdorf. 18. August. Kaiser Wilhelm hat sich gegenüber dem Oberpräsidenten und dem kommandirenden General in hohem Grade befriedigt über den Empfang, der ihm in der Provinz Posen zu Theil geworden, ausgesprochen. An dem Manöver haben auch mehrere fremdländische Offiziere aus Italien, Österreich, Frankreich und Russland Theil genommen, die gleichfalls zur kaiserlichen Tafel gezogen worden, welche letztere Nachmittags von 4 bis 6 Uhr im Schlosse zu Heinersdorf stattfand, und an welcher die Spitäler der Zivil- und Militärbehörden Theil nahmen. Abends von 6 bis 7 Uhr fand in Gegenwart des Kaisers ein Wettkampf statt, bei welchem in der schweren Steeplechase Lieutenant Hoffmann vom 2. Leibhusaren-Regiment in Bühlbach, in der Steeplechase Rittmeister von Böhm vom 4. Dragoner-Regiment, im Jagdrennen, in welchem der Kaiser einen Preis bewilligt hatte, Lieutenant Mohr vom 8. Dragoner-Regiment den Sieg davontrug.

Produkten-Börse.

Berlin, 18. August. Wind: N.D. Barometer: 28,6. Thermometer: + 18° R. Witterung: sehr schön.
Weizen loko per 1000 Kilogr. 180—223 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat —, August-Sept. —, Sept.-Okt. 186,5—185,5 b., Okt.-Nov. 191—189,50 b., Novbr.-Dez. 192,5—192 b., April-Mai 200—198 b., Roggen loko per 1000 Kilogr. 144—180 nach Dual. gef., neuer inländ. —, Roggen loko per 1000 Kilogr. 144—147,5 ab Bahn u. Kahn b., per diesen Monat 146—145,5 b., August-Sept. do., Sept.-Okt. 148,5—147,5 b., Oktbr.-Novbr. 153—152 b., Novbr.-Dez. 155,50—155 b., April-Mai —, Gerste loko per 1000 Kilogr. 135—171 nach Dual. gef., Hafer loko per 1000 Kilogr. 150—180 nach Dual. gef., ost. u. west. 164—172,5, russ. 150—165, neuer Schlef. 160—171, kommt. u. mehl. 166—173 ab Bahn b., per diesen Monat 155 b., August-Sept. —, Sept.-Okt. 149,5 b., Oktbr.-Novbr. 148,50 b., Novbr.-Dez. 146,50 b., April-Mai 149—148,5 b., Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 187—216 nach Dual., Futterwaare 178—187 nach Dual. — Kaps per 1000 Kilogr. 300—315 b., Mühlj. per 1000 Kilogr. 300—310 b., Leinöl per 1000 Kilogr. ohne Fas. 59 M. — Rübböhl per 100 Kilo loko ohne Fas. 67 b., mit Fas. per diesen Monat 67,4—67,2 b., August-Sept. do., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Nov. 67,5—67,3 b., Nov.-Dez. do., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 68,2 b., Petroleum (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Fas. loko 35,5 b., per diesen Monat 33,6—33,4 b., August-Sept. do., Sept.-Okt. —, Oktbr.-Nov. 33,6—33,4 b., Novbr.-Dezbr. 33,5—33,2 b., Spiritus per 1000 Liter a 100 p.C. loko ohne Fas. 51 b., ab Speicher 50,4—50,2 b., per diesen Monat —, loko mit Fas. per diesen Monat 50,8—50,2 b., August-Sept. do., Sept.-Okt. 50,8—51—50,3 b., Oktbr.-Novbr. 50,8—9—3 b., Novbr.-Dezbr. 50,6—7—1 b., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 52,8—52,2 b., Mehl. Weizenmehl Nr. 0 28—27, Nr. 0 u. 1 25,50—24,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 24,25—23,

Nr. 0 u. 1 22,75—20,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sac, per diesen Monat 23,20 b., August-Sept. 22,60 b., Sept.-Oktbr. 22,20—22,15 b., Oktbr.-Nov. 22 b., Nov.-Dez. 21,90 b., B. u. S. B.

Breslau. 18. August. [Amtlicher Produktenbericht] — Roggen (per 2000 Pfd.) höher, getund. — Etr. abgel. Kündigungsschreie —, per August u. August-Sept. 152,50 G., Sept.-Oktbr. 153 bis 153,50 b., Oktbr.-Novbr. 153 b., Novbr.-Dez. 153 b., Jan. —, Jan.-Febr. —, Febr.-März —, März-April —, April-Mai 155,50 G. — Weizen 182 B. gef. — Etr. per Sept.-Oktbr. 182 B. — Gerste —, Hafer 148 B. gef. — Etr. per Sept.-Oktbr. 139 B., Oktbr.-Nov. 139 B., 138,50 b., Nov.-Dezbr. 139 B., 138,50 b., April-Mai 142 G. — Raps 290 B. gef. — Etr. Rüböl ruhig, gef. — Etr. loko 67 B., per August 66,50 B., August-Sept. 66 B., Septbr.-Oktbr. 65,50 b., 66 B., Oktbr.-Novbr. 66 B., Novbr.-Dezbr. 66 B., April-Mai 67 B. — Spiritus behauptet, loko 49,20 B., 48,80 G., gef. 5000 Liter, August und August-Sept. 49 B., Sept.-Oktbr. 49 b., Oktbr.-Nov. —, Nov.-Dez. —, Dezbr.-Jan. —, April-Mai 49,50 b., Bink sehr fest.

Die Börse-Kommission. (B. & Bl.)

Stettin. 18. August. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Schön. Temperatur + 17° R. Barometer 28,6. Wind: N.D. — Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko nach Qualität gelber inländ. 175—195 M., weißer 190—198 M., per Aug. — M. bez., per Sept.-Oktbr. 191,50—192,50—191,50 M. bez., per Oktober-November 194 M. bez., per Nov.-Dez. 197 M. Frühjahr 201—201,50—201 M. bez. — Roggen behauptet, per 1000 Kilo loko inländischer 160—170 M., neuer 170—177 M., Russischer 140—146 M., per August — M. Gd., per September-Oktober 143—144,50—144 M. bez., per Oktober-November 147—147,50—147 M. bez., November-Dezember 150 M. bez., per Frühjahr 154,50—155,50—155 M. bez. — Gerste matt, pr. 1000 Kilo loko 155—165 M. bez., kurze Lief. Umg. 151—159 b., Hafer wenig verändert, per 1000 Kilo loko älter 160—183 M., neuer 155—

Berlin, 18. August. Auf die Aeußerungen des russischen Kaisers, welche wir gestern Abend mitgetheilt haben, eröffnete der heutige Verfehr matt; schon vor der Börse waren die Notirungen herabgesetzt. Doch schnell riss sich die Spekulation von allen Bedenken los, welche ihr die politische Lage einzulösen schien und setzte die Kurie heraus. Dies gelang um so leichter als die fremden Plätze die feste Haltung unterstützten und auch die Golpreise in Wien weichende Bewegung einschlugen. Besonders beliebt waren Franzosen und Galizier, deren Notirungen auf die Erwartung großer Getreide-Transporte abermals beträchtlich anogen. Doch blieben die Umfänge in engen Grenzen und noch stärker lagen Kreditaktien und Lombarden. Auch lokale Spiel-

Hanßs- u. Aktien-Börse. vom 11. 1876. 100,5 100,00 b.

Berlin, den 18. August 1876. Pr. B. & Co. Br. 5 99,90 G.

Braunschweigische Bonds und Geld Course.

Tourelle, Alethe	41 104,80 B
Staats-Alethe	4 97,50 b.
Staats-Schildsch.	3 94,20 b.
Zur. u. Am. Sch.	3 92,00 b.
Ost.-Deichh. Ost.	4 102,00 G
Wiel. Stadt-Ost.	4 102,25 b.
do.	3 93,00 G
Sachsen-Anhalt.	4 101,90 B
Sachsenprovinz-An.	4 102,60 b.
Sachsen-Anhalt.	5 101,80 b.
Pfandbriefe:	
Berliner	4 102,70 G
do.	5 106,25 b.
Landish. Central	4 95,90 b.
Kur. u. Schlesmärt.	3 85,25 b.
do. neu	3 85,10 b.
do.	4 96,90 G
n. Brandbg. Cred	4 85,75 G
Ostpreußische	3 95,90 G
do.	4 102,40 b.
Pommersche	3 84,75 B
do.	4 95,80 B
Preußsche, neue	4 103,10 b.
Gothsche, neue	5 95,10 b.
Gothsche	5 96,75 G
Schlesische	3 85,25 G
do. alte A. u. C.	4 85,25 G
do. A. u. C.	4 85,25 G
Weißpr. ritterisch.	3 84,30 b.
do.	4 95,70 B
do.	102,00 G
do. II. Serie	5 107,10 b.
do. neu	5 94,75 b.
do.	4 101,90 b.
Muentenbriefe:	
Kur. u. Neumarkt.	4 97,25 G
Brandenb. Schles.	4 97,25 G
Preußsche	4 96,70 b.
Kur. u. Westfäl.	4 96,70 G
Sächsische	4 97,30 G
Schlesische	4 97,10 G
Gouverneurs	20,42 b.
Emporensdör	16,26 b.
do. 500 Gr.	418 G
Temporals	
do. 500 Gr.	1393,00 b.
Gremde Banknot.	
do. einlösbar. Seipz.	
Grenzg. Banknot.	81,25 b.
Desterr. Banknot.	167,00 b.
do. Silbergulden	175,00 b.
do. Stücke	
Russ. Noten	267,00 b.

Ausländische Fonds.	
Amerik. rdz. 1881	105,40 G
do. do. 1885	100,20 b.
do. Bds. (fund)	103,70 b.
Norweg. Sil.	105
New-Yrk. Std.-A.	103,00 b.
do. Goldan	101,50 B
New-Jersey	7 98,00 G
Dept. Pap. Rent	4
Sill. Rent	4 58,20 b.
do. 250 fl. 1854	4 95,75 G
do. Cr. 100 fl. 1854	3 302,00 B
do. do. v. 1864	5 101,00 b.
do. do. v. 1864	262,00 B
do. do. v. 1864	143,25 G
do. Sächs. 16	85,25 b.
do. do. klein	86,60 b.
do. do. I	83,90 b.
do. do. II	72,50 b.
do. do. III	72,50 b.
do. Bod. Credit	5 85,40 b.
do. Pr. v. 1864	5 167,20 B
do. do. v. 1866	5 167,20 B
do. 5. Stieg.	5 82,00 b.
do. do. 5	93,40 b.
do. do. 1873	5 97,00 G
do. Bod. Credit	5 84,50 b.
do. Pr. v. 1864	5 167,20 B
do. do. v. 1866	5 167,20 B
do. 5. Stieg.	5 82,00 b.
do. do. 5	93,40 b.
do. do. 1872	5 92,50 b.
do. do. 1873	5 92,50 b.
do. Bod. Credit	5 85,40 b.
do. Pr. v. 1864	5 167,20 B
do. do. v. 1866	5 167,20 B
do. 5. Stieg.	5 82,00 b.
do. do. 5	93,40 b.
do. do. 1872	5 92,50 b.
do. do. 1873	5 92,50 b.
do. do. 1874	5 92,50 b.
do. do. 1875	5 92,50 b.
do. do. 1876	5 92,50 b.
do. do. 1877	5 92,50 b.
do. do. 1878	5 92,50 b.
do. do. 1879	5 92,50 b.
do. do. 1880	5 92,50 b.
do. do. 1881	5 92,50 b.
do. do. 1882	5 92,50 b.
do. do. 1883	5 92,50 b.
do. do. 1884	5 92,50 b.
do. do. 1885	5 92,50 b.
do. do. 1886	5 92,50 b.
do. do. 1887	5 92,50 b.
do. do. 1888	5 92,50 b.
do. do. 1889	5 92,50 b.
do. do. 1890	5 92,50 b.
do. do. 1891	5 92,50 b.
do. do. 1892	5 92,50 b.
do. do. 1893	5 92,50 b.
do. do. 1894	5 92,50 b.
do. do. 1895	5 92,50 b.
do. do. 1896	5 92,50 b.
do. do. 1897	5 92,50 b.
do. do. 1898	5 92,50 b.
do. do. 1899	5 92,50 b.
do. do. 1900	5 92,50 b.
do. do. 1901	5 92,50 b.
do. do. 1902	5 92,50 b.
do. do. 1903	5 92,50 b.
do. do. 1904	5 92,50 b.
do. do. 1905	5 92,50 b.
do. do. 1906	5 92,50 b.
do. do. 1907	5 92,50 b.
do. do. 1908	5 92,50 b.
do. do. 1909	5 92,50 b.
do. do. 1910	5 92,50 b.
do. do. 1911	5 92,50 b.
do. do. 1912	5 92,50 b.
do. do. 1913	5 92,50 b.
do. do. 1914	5 92,50 b.
do. do. 1915	5 92,50 b.
do. do. 1916	5 92,50 b.
do. do. 1917	5 92,50 b.
do. do. 1918	5 92,50 b.
do. do. 1919	5 92,50 b.
do. do. 1920	5 92,50 b.
do. do. 1921	5 92,50 b.
do. do. 1922	5 92,50 b.
do. do. 1923	5 92,50 b.
do. do. 1924	5 92,50 b.
do. do. 1925	5 92,50 b.
do. do. 1926	5 92,50 b.
do. do. 1927	5 92,50 b.
do. do. 1928	5 92,50 b.
do. do. 1929	5 92,50 b.
do. do. 1930	5 92,50 b.
do. do. 1931	5 92,50 b.
do. do. 1932	5 92,50 b.
do. do. 1933	5 92,50 b.
do. do. 1934	5 92,50 b.
do. do. 1935	5 92,50 b.
do. do. 1936	5 92,50 b.
do. do. 1937	5 92,50 b.
do. do. 1938	5 92,50 b.
do. do. 1939	5 92,50 b.
do. do. 1940	5 92,50 b.
do. do. 1941	5 92,50 b.
do. do. 1942	5 92,50 b.
do. do. 1943	5 92,50 b.</